

Inhaltsübersicht

Vorwort	7
Inhaltsübersicht	9
Inhaltsverzeichnis	13
Abkürzungsverzeichnis	19
A. Hintergrund der Arbeit	21
B. Untersuchungsgang der Bearbeitung	23
1. Teil: Allgemeine Leitgedanken zur Einführung eines Verhaltenskodexes	25
1. Kapitel Verhaltenskodex im System von Governance-Ethik	25
I. Definition des Verhaltenskodexes	25
1. Typischer Regelungsinhalt eines Verhaltenskodexes	26
2. Whistleblowing als Bestandteil eines Verhaltenskodexes	28
II. Governance-Ethik	30
1. Corporate Governance und Compliance im System von Governance-Ethik	31
2. Bedeutung eines Verhaltenskodexes im Rahmen der Governance-Ethik	34
3. Unternehmensethik im System von Governance-Ethik	35
2. Kapitel Erforderlichkeit eines Verhaltenskodexes	37
I. Zwingende Erforderlichkeit	37
1. Gesetzliche Pflicht zur Einführung eines Verhaltenskodexes	37
2. Vertragliche Verpflichtung zur Einführung eines Verhaltenskodexes	45
3. Fazit	46
II. Ermessensgesichtspunkte	47
1. Unternehmenspolitische und wirtschaftliche Motive	47
2. Deutscher Corporate Governance Kodex	48
3. Allgemeine Haftungsvermeidung	50
4. Organisationspflichten	50
5. Pflicht zur Einführung eines allgemeinen Compliance-Programms	56
6. Schutz der Arbeitnehmer	57
7. Rechtssicherheit und Beweishilfe in gerichtlichen Verfahren	58

8. Verhaltenskodex als Ersatz für eine Abmahnung	59
III. Fazit	60
2. Teil: Zulässigkeit der Einführung eines Verhaltenskodexes	63
1. Kapitel Bestimmung des anwendbaren Rechts bei Auslandsberührung	63
I. Individualarbeitsrecht	63
II. Kollektivarbeitsrecht	63
2. Kapitel Direktionsrechtliche Umsetzbarkeit der Einführung eines Verhaltenskodexes	65
I. Direktionsrecht als Regelungsinstrument	66
1. Umfang des Direktionsrechts	67
2. Grenzen des Direktionsrechts	71
3. Fazit	72
II. Direktionsrechtsausübung bezüglich der Einführung eines Verhaltenskodexes	72
1. Ablehnung des Direktionsrechts in Bezug auf die Einführung eines Verhaltenskodexes	73
2. Grenzen des Direktionsrechts bezüglich der Einführung eines Verhaltenskodexes in seiner Gesamtheit	74
III. Direktionsrecht bezüglich einzelner Verhaltensvorgaben	76
1. Grundpflichten der Arbeitnehmer	77
2. Nebenpflichten	77
3. Allgemeine Verhaltensvorgaben	79
4. Geschenkregelungen	81
5. Außerbetriebliches Verhalten	81
6. Gesetzliche Vorgaben	82
7. Sanktionen	83
8. Meldepflicht: Whistleblowing	83
IV. Übergreifendes Recht	100
1. Grenze des Bundesdatenschutzgesetzes bezüglich der Zulässigkeit einer Whistleblowing-Klausel	101
2. Fazit	107
V. Beispiel eines (individualarbeitsrechtlich) zulässigen Verhaltenskodexes	107
3. Kapitel Einführung eines Verhaltenskodexes durch eine Änderungskündigung	110
I. Die Änderungskündigung	111

II. Voraussetzungen der Einführung eines Verhaltenskodexes gemäß der Änderungskündigung	111
1. Änderungskündigungsgrund	111
2. Interessenabwägung	113
3. Fazit	115
4. Kapitel Arbeitsvertrag und Recht der allgemeinen Geschäftsbedingungen	115
I. Vertrag über die Einführung eines Verhaltenskodexes	115
II. Verhaltenskodex in Form von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	116
5. Kapitel Kollektivarbeitsrechtliche Umsetzbarkeit der Einführung eines Verhaltenskodexes	117
I. Unabdingbarkeit der betriebsverfassungsrechtlichen Vorgaben	117
II. Zuständiger Betriebsrat	120
1. Zuständigkeitsabgrenzung nach dem Betriebsverfassungsrecht	120
2. Betriebsratszuständigkeiten hinsichtlich der Einführung eines Verhaltenskodexes	120
III. Betriebsverfassungsrechtliche Relevanz eines Verhaltenskodexes	122
IV. Allgemeine Regelungsgrenze	124
V. Beteiligungsrechte	124
1. Mitbestimmung nach § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG	125
2. Weitere Beteiligungsrechte	141
IV. Konsequenzen der Nichtbeachtung der betriebsverfassungsrechtlichen Vorgaben	144
1. Folge der Nichtbeachtung des § 75 BetrVG	144
2. Folge der Nichtbeachtung der Beteiligungsrechte	144
3. Teil Stellungnahme und Zusammenfassung	147
I. Stellungnahme	147
II. Zusammenfassende Thesen	149
Literaturverzeichnis	153

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Inhaltsübersicht	9
Inhaltsverzeichnis	13
Abkürzungsverzeichnis	19
A. Hintergrund der Arbeit	21
B. Untersuchungsgang der Bearbeitung	23
1. Teil: Allgemeine Leitgedanken zur Einführung eines Verhaltenskodexes	25
1. Kapitel Verhaltenskodex im System von Governance-Ethik	25
I. Definition des Verhaltenskodexes	25
1. Typischer Regelungsinhalt eines Verhaltenskodexes	26
2. Whistleblowing als Bestandteil eines Verhaltenskodexes	28
a) Begriff des Whistleblowings	28
b) Whistleblowing im Rahmen eines Verhaltenskodexes	29
II. Governance-Ethik	30
1. Corporate Governance und Compliance im System von Governance-Ethik	31
2. Bedeutung eines Verhaltenskodexes im Rahmen der Governance-Ethik	34
3. Unternehmensethik im System von Governance-Ethik	35
a) Ethik in einem und durch ein Unternehmen	35
b) Bedeutung des Verhaltenskodexes für die Unternehmensethik	36
2. Kapitel Erforderlichkeit eines Verhaltenskodexes	37
I. Zwingende Erforderlichkeit	37
1. Gesetzliche Pflicht zur Einführung eines Verhaltenskodexes	37
a) Allgemeine Verpflichtung zur Einführung eines Verhaltenskodexes aufgrund einer Spezialvorschrift	38
b) Deutscher Corporate Governance Kodex	38
c) Pflicht zur Einführung eines Verhaltenskodexes aufgrund des US-amerikanischen Rechts	39
aa) Verpflichtung zur Einführung nach dem Sarbanes-Oxley Act	40
bb) Einführungspflicht nach NYSE Sec. 303A	42
cc) Relevanz des amerikanischen Rechts für deutsche Unternehmen	43
	13

2. Vertragliche Verpflichtung zur Einführung eines Verhaltenskodexes	45
3. Fazit	46
II. Ermessensgesichtspunkte	47
1. Unternehmenspolitische und wirtschaftliche Motive	47
2. Deutscher Corporate Governance Kodex	48
3. Allgemeine Haftungsvermeidung	50
4. Organisationspflichten	50
a) Organisationspflicht nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz	51
aa) Einführung eines Verhaltenskodexes als Maßnahme i.S.d. § 12 AGG	51
bb) Ausgestaltung des Verhaltenskodexes i.S.d. Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes	52
cc) Beschwerdestelle i.S.d. § 13 AGG	54
b) Gesellschaftsrechtliche Organisationspflichten	54
5. Pflicht zur Einführung eines allgemeinen Compliance-Programms	56
6. Schutz der Arbeitnehmer	57
7. Rechtssicherheit und Beweishilfe in gerichtlichen Verfahren	58
8. Verhaltenskodex als Ersatz für eine Abmahnung	59
III. Fazit	60
2. Teil: Zulässigkeit der Einführung eines Verhaltenskodexes	63
1. Kapitel Bestimmung des anwendbaren Rechts bei Auslandsberührung	63
I. Individualarbeitsrecht	63
II. Kollektivarbeitsrecht	63
2. Kapitel Direktionsrechtliche Umsetzbarkeit der Einführung eines Verhaltenskodexes	65
I. Direktionsrecht als Regelungsinstrument	66
1. Umfang des Direktionsrechts	67
a) Arbeitsverhalten der Arbeitnehmer nach § 106 S. 1 GewO	67
b) Ordnungsverhalten der Arbeitnehmer im Betrieb nach § 106 S. 2 GewO	67
aa) Das Direktionsrecht bezüglich des Ordnungsverhaltens der Arbeitnehmer vor seiner gesetzlichen Erweiterung durch § 106 S. 2 GewO	68
bb) Das Direktionsrecht bezüglich des Ordnungsverhaltens der Arbeitnehmer nach seiner gesetzlichen Erweiterung durch § 106 S. 2 GewO	70
2. Grenzen des Direktionsrechts	71
3. Fazit	72
II. Direktionsrechtsausübung bezüglich der Einführung eines Verhaltenskodexes	72

1. Ablehnung des Direktionsrechts in Bezug auf die Einführung eines Verhaltenskodexes	73
2. Grenzen des Direktionsrechts bezüglich der Einführung eines Verhaltenskodexes in seiner Gesamtheit	74
a) Beachtung der Grundrechte	74
b) Grundrechte des Unternehmens	75
c) Grundrechte der Arbeitnehmer	75
d) Abwägung	76
III. Direktionsrecht bezüglich einzelner Verhaltensvorgaben	76
1. Grundpflichten der Arbeitnehmer	77
2. Nebenpflichten	77
3. Allgemeine Verhaltensvorgaben	79
4. Geschenkelungen	81
5. Außerbetriebliches Verhalten	81
6. Gesetzliche Vorgaben	82
7. Sanktionen	83
8. Meldepflicht: Whistleblowing	83
a) Motivation für die Aufnahme einer Whistleblowing-Klausel	84
b) Erscheinungsform des Whistleblowings: Whistleblowing auf Veranlassung des Unternehmens – Whistleblowerpflicht der Arbeitnehmer	84
c) Zulässigkeit einer Whistleblowing-Klausel	87
aa) Deklaratorische Whistleblowing-Klausel	87
bb) Konstitutive Whistleblowing-Klausel	89
aaa) Auslegung als konstitutive Whistleblowing-Klausel	90
bbb) Individualarbeitsrechtliche Zulässigkeit einer konstitutiven Whistleblowing-Klausel	91
(1) Befürworter der Unzulässigkeit einer konstitutiven Whistleblowing-Klausel	91
(2) Konstitutive Whistleblowing-Klausel kraft Direktionsrechts	92
(3) Ausgestaltung der konstitutiven Whistleblowing-Klausel	93
(a) Interessen des Unternehmens	95
(b) Rechte der Arbeitnehmer	96
(aa) Rechte und Interessenlage der Whistleblower	96
(bb) Abwägung der Rechte und Interessen der Whistleblower mit den Rechten und Interessen des Unternehmens	97
(cc) Rechte der Verdächtigen	99
d) Fazit	99
IV. Übergreifendes Recht	100
1. Grenze des Bundesdatenschutzgesetzes bezüglich der Zulässigkeit einer Whistleblowing-Klausel	101
a) Datenschutzrechtliche Relevanz des Whistleblowings	102
b) Datenschutzrechtliche Zulässigkeit einer Whistleblowing-Klausel	102

aa) Whistleblowing im Rahmen der §§ 32, 28 BDSG	103
bb) Datenschutzrechtliche Verhältnismäßigkeit	105
aaa) Anonyme Meldemöglichkeit	105
bbb) Interne oder externe Beschwerdestelle	106
2. Fazit	107
V. Beispiel eines (individualarbeitsrechtlich) zulässigen Verhaltenskodexes	107
3. Kapitel Einführung eines Verhaltenskodexes durch eine Änderungskündigung	110
I. Die Änderungskündigung	111
II. Voraussetzungen der Einführung eines Verhaltenskodexes gemäß der Änderungskündigung	111
1. Änderungskündigungsgrund	111
a) Verhaltensbedingte Änderungskündigung	112
b) Betriebsbedingte Änderungskündigung	112
2. Interessenabwägung	113
3. Fazit	115
4. Kapitel Arbeitsvertrag und Recht der allgemeinen Geschäftsbedingungen	115
I. Vertrag über die Einführung eines Verhaltenskodexes	115
II. Verhaltenskodex in Form von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	116
5. Kapitel Kollektivarbeitsrechtliche Umsetzbarkeit der Einführung eines Verhaltenskodexes	117
I. Unabdingbarkeit der betriebsverfassungsrechtlichen Vorgaben	117
II. Zuständiger Betriebsrat	120
1. Zuständigkeitsabgrenzung nach dem Betriebsverfassungsrecht	120
2. Betriebsratszuständigkeiten hinsichtlich der Einführung eines Verhaltenskodexes	120
a) Betriebsbezogene Einführung eines Verhaltenskodexes	120
b) Unternehmenseinheitliche Einführung eines Verhaltenskodexes	121
c) Konzerneinheitliche Einführung eines Verhaltenskodexes	122
III. Betriebsverfassungsrechtliche Relevanz eines Verhaltenskodexes	122
IV. Allgemeine Regelungsgrenze	124
V. Beteiligungsrechte	124
1. Mitbestimmung nach § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG	125
a) Regelungsinhalt des § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG	125
b) Das Mitbestimmungsrecht nach § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG bei der Einführung eines Verhaltenskodexes	126
aa) Mitbestimmungsumfang nach § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG	126
aaa) Mitbestimmungspflichtigkeit nach § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG bzgl. des gesamten Verhaltenskodexes	126

bbb) Einführung eines Verhaltenskodexes als mitbestimmungsfreie Maßnahme	127
ccc) Mitbestimmungspflichtigkeit in Bezug auf die einzelnen Verhaltensregeln eines Verhaltenskodexes	128
(1) Mitbestimmungsfreie Verhaltensvorgaben	130
(2) Mitbestimmungspflichtige Verhaltensvorgaben	131
(3) Mitbestimmungspflichtigkeit einer Whistleblowing-Klausel nach § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG	132
(a) Mitbestimmungsrecht bezüglich des „Ob“ der Einführung der Whistleblowing-Klausel	133
(b) Mitbestimmungspflichtigkeit des Whistleblowing-Verfahrens	134
ddd) Fazit	135
bb) Ausstrahlungswirkung einzelner Regelungen auf den Verhaltenskodex	135
aaa) Hessisches Landesarbeitsgericht	135
bbb) Korrektur der Ansicht des Hessischen Landesarbeitsgerichts durch das Bundesarbeitsgericht	136
ccc) Ausstrahlungswirkung gemäß der Lehre von der materiellen Annexkompetenz	138
(1) Die Lehre von der materiellen Annexkompetenz	138
(2) Tatbestand der Lehre der materiellen Annexkompetenz	139
(a) Mitbestimmungspflichtigkeit der Anknüpfungsmaterie	140
(b) Unmittelbarer Sachzusammenhang zwischen der Whistleblowing-Klausel und den sonstigen Verhaltensvorgaben	140
(c) Unselbstständigkeit der Annexmaterie	140
ddd) Fazit	141
2. Weitere Beteiligungsrechte	141
a) Mitbestimmung nach § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG	141
b) Beteiligung nach §§ 94, 95 BetrVG	143
c) Allgemeine Informations- und Beratungsrechte des Betriebsrats	144
IV. Konsequenzen der Nichtbeachtung der betriebsverfassungsrechtlichen Vorgaben	144
1. Folge der Nichtbeachtung des § 75 BetrVG	144
2. Folge der Nichtbeachtung der Beteiligungsrechte	144
3. Teil Stellungnahme und Zusammenfassung	147
I. Stellungnahme	147
II. Zusammenfassende Thesen	149
Literaturverzeichnis	153